

Abs. Prof. Dr. R. Hickel, Universität Bremen, PF33 04 40. 28334 Bremen

Hinweise zur
WIEDERVEREINIGUNG KOREAS
(auf der Basis von Gesprächen mit Vertretern der
Politik, Wirtschaft und Wissenschaft während einer Reise
nach Südkorea vom 24. 11. – 2. 12. 2000)

Wilhelm-Herbst-Straße 1 A
28359 Bremen

Telefon 0421/218-3070 -3066
Telex 245811 uni br d
Telefax (0421) 218-4597
E-mail: hickel@uni-bremen.de
Handy: 0171/53 01 125
(Tel. priv. 0421/2768598, Fax 2768599)

**Auf Grund der vielen Fragen, die nach der Rückkehr aus
Südkorea zu den Risiken und Chancen der koreanischen
Wiedervereinigung gestellt wurden, sind nachfolgend eini-
ge Einschätzungen zusammengefasst worden. R. H.**

Bremen, den 10.12.00

1. Wiedervereinigung: Schwerpunktthema deutsch-koreanischer Beziehung

Auffällig ist das riesige Interesse in Korea an der „Zehn Jahre Bilanz der deutschen Einigung“. Dies zeigten insbesondere die Gespräche mit dem Ministerium für Wiedervereinigung in Südkorea. Auch bei Vorträgen und Gesprächen über andere Schwerpunktthemen mit Wirtschaftsvertretern, Politikern und Wissenschaftlern stand diese Herausforderung immer wieder im Vordergrund. Es zeigt sich, dass das Interesse, das Präsidenten Kim Dae-Jung in seiner Berliner Rede zum Ausdruck brachte, eine Verankerung in der Bevölkerung hat. Im Vordergrund steht allerdings die Frage, ob die Vereinigung von Süd- und Nordkorea auf der Basis einer an Intensität gewinnenden Konföderation zweier souveräner Staaten bei geschlossener Grenze möglich sein wird. Dieses Idee der Konföderation ist aus koreanischer Sicht verständlich. Sie steht jedoch im fundamentalen Widerspruch zum deutschen Weg: Schnelle Öffnung der Grenze und Einstieg in die sozio-ökonomische Einigung mit der Einführung der DM-Geldwährung gleichsam über Nacht.

2.. Einschätzung der „Sunshine Policy“ des Präsidenten Kim Dae-Jung

Die „Sunshine Policy“ des Präsidenten Kim Dae-Jung basiert auf den spezifischen politischen, ökonomischen aber auch bewusstseinsprägenden Bedingungen Südkoreas. Diese Politik ist durchaus mit der Ostpolitik Willy Brandts vom „Wandel durch Annäherung“ gleichzusetzen. Der Präsident stärkt damit das Klima für eine allerdings auf bis zu dreißig Jahre angelegte Wiedervereinigung. Diese Politik ist glaubwürdig. Sie kommt in der Bevölkerung gut an, weil das Ziel Wiedervereinigung einerseits Ernst genommen, jedoch andererseits eine kontrollierte und planvolle Vorgehensweise gefordert wird. Die zweite Zusammenführung von 100 Nordkoreanern mit ihren Verwandten in Seoul und 100 Südkoreanern in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang im November 2000 wurde wegen der Megamedien-Show der „Tränen“ eher als peinlich empfunden und in den Printmedien entsprechend kritisiert.

3. Wiedervereinigung ja – aber längerfristig geplant

Der Präsident hat in der südkoreanischen Bevölkerung durchaus einen großen Rückhalt. Dabei sollte jedoch der folgende Widerspruch nicht übersehen werden: Der Wunsch nach Wiedervereinigung ist in der Bevölkerung groß. Demgegenüber ist die Bereitschaft, dafür ökonomische Opfer zu bringen recht, recht gering. Die Sorge, eine schnelle Einigung durch eine konsequente Grenzöffnung würde Südkorea ökonomisch

in die Knie zwingen, ist groß. Dabei haben die bitteren Erfahrungen mit der tiefen Wirtschaftskrise Mitte 1997, die erstmals zu Massenarbeitslosigkeit führte und die Armut in die Städte wieder zurückbrachte, Einfluss. Durchaus mit Westdeutschland vergleichbar ist die Bereitschaft zur Einigungsfinanzierung etwa durch Steuererhöhungen nicht hoch.

4 Protest- bzw. Bürgerbewegung in Nordkorea nicht zu erkennen

Soweit zu sehen ist, gibt es in Nordkorea keine entsprechende „Sunshine Policy“. Die Machthaber wollen mit der Annäherung vor allem durch ökonomische Unterstützung natürlich ihre dortigen politischen Verhältnisse stabilisieren. Diese Interessenlage erinnert durchaus an die Politik der DDR, die die westdeutschen Kontakte und Hilfen zur Stabilisierung ihres Systems nutzen wollte. Dieses Dilemma zwischen Entspannung und damit erst einmal Anerkennung des Regimes einerseits und Demokratisierung andererseits ist unübersehbar. Dennoch gibt es derzeit zu Kim Dae-Jungs Politik keine Alternative. Ökonomische Hilfen machen Reformen in Nordkorea erforderlich, die aber auch allmählich zu politischen Veränderungen führen. Allerdings gibt es keine Informationen über eine spürbare Opposition in Nordkorea. Hier zeigt sich ein fundamentaler Unterschied. In der DDR war es die Bürgerbewegung, die den Zusammenbruch des Systems herbeiführte. Die Revolution kam gewissermaßen aus dem „Bauch“ des Systems.

5. Fundamentale Unterschiede zwischen koreanischer und deutscher Einigung

Dass es zur Wiedervereinigung kommen wird, ist sicher. Schließlich ist Nordkorea das letzte Land mit stalinistischer Prägung. Im Unterschied der DDR gibt es keine moderne Produktionswirtschaft. Armut und Hungertod gehören zum bitteren Alltag. Wann jedoch die Wiedervereinigung genau kommen wird, kann derzeit niemand vorhersagen. Kim Dae-Jung propagiert derzeit eine „weiche Landung“, (Soft-landing) innerhalb eines Zeitraums von dreißig Jahren. Es ist jedoch durchaus möglich, dass wegen der katastrophalen Lage Nordkoreas plötzlich riesiger Handlungsdruck entstehen könnte. Wegen der ökonomischen wie sozialen Lasten, die dann entstünden, fürchten sich die Südkoreaner vor einer plötzlichen Wiedervereinigung. Auf jeden Fall scheint nur eine Strategie der Emanzipation Nordkoreas unter geschlossenen Grenzen beherrschbar. Dieses Erkenntnis prägt die südkoreanische Politik. Das Lieblingsstichwort heißt daher *Konföderation* bei weiterhin geltenden Grenzen.

6. Hinweise zum „Preis“ koreanischer Einigung

Eine schnelle Wiedervereinigung ist ökonomisch nicht machbar. Südkorea wäre nicht in der Lage, die erforderlichen Finanztransfers aufzubringen. Aber auch die Migration von Nord- nach Südkorea würde die Arbeitsmärkte schwer belasten. Nicht übersehen werden darf die Tatsache, dass die Bevölkerung Nordkoreas 50% (ca. 25 Mio.) der südkoreanischen Bevölkerung ausmacht (Anteil Ost- an Westdeutschland nur 25%). Auch sind die Unterschiede bei der Wirtschaftskraft, der Konsumgüterversorgung wie insgesamt der Lebensqualität zwischen Nord- und Südkorea erheblich größer als sie es jemals zwischen Ost- und Westdeutschland waren. Die ökonomische Fehlentwicklung Nordkoreas hat drei Ursachen: radikalste Verstaatlichung gegenüber anderen sozialistischen Ländern; Abschottung gegen Außenhandel (sog. „Juche“-Ideologie zugunsten Autarkie); doppelt so hohe Militärausgaben Nordkoreas im Verhältnis zur damaligen DDR. Die Kosten der Wiedervereinigung sind nur sehr schwer zu schätzen. Würden die bisher vereinigungsbedingten Nettotransferleistungen Deutschlands (pro Kopf) auf Korea übertragen, so ergäbe sich allein schon wegen der größeren Bevölkerung für die ersten fünf Jahre ein Finanzbedarf von 140 Mrd. US\$. Reduziert auf investive Transferausgaben müssten immer noch 70 Mrd. US\$ aufgebracht werden. Das sind über zwei Drittel der Staatsausgaben Südkoreas und entspräche 15% des Bruttoinlandsprodukt. Im Fall Deutschlands waren es 5%.

Allein diese groben Schätzung zum Preis der koreanischen Einigung zeigen, dass Südkorea durch einen Blitzstart (Big bang) überfordert würde. Daher wird auf eine langfristig angelegte Einigung eventuell auch mit ausländischer Unterstützung gesetzt.

7. Bisherige Abschottung Nordkoreas durch Autarkiepolitik

Die Unterschiede zur deutschen Einigung sind erheblich größer als die Parallelen. Dabei lassen sich folgende Punkte auflisten: Der deutschen Einigung war lange zuvor eine Politik der Wandels durch Annäherung vorausgegangen. Die Einigung war in Deutschland nicht durch einen Krieg, wie ihn auf der koreanischen Halbinsel zwei verfeindete Staaten führten, belastet. Rundfunk- und Fernsehprogramme aus dem jeweils anderen Teil Koreas können wegen der hermetischen Abschottung bis heute nicht empfangen werden. Es gibt nur einen unbedeutenden Reiseverkehr im Vergleich zu den ehemaligen Besuchsmöglichkeiten im geteilten Berlin bzw. in der DDR. Derzeit gibt es lediglich das abgeriegelte Tourismusprojekt im nordkoreanischen Kumgang-Gebirge für Südkoreaner. Wie gesagt, das ökonomische Gefälle ist erheblich größer als es zwischen Ost- und Westdeutschland war. Parallelen sind kaum erkennbar. Schließlich wäre im Fall der schnellen Wiedervereinigung mit martialischen Prozessen gegen die nordkoreanischen Machthaber zu rechnen. Die nordkoreanische Führung müsste bei der juristischen Verarbeitung im Vergleich zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Verfolgung von Straftaten mit erhebliche größerer Härte rechnen.

8. Gemeinsamkeiten und Parallelen koreanischer gegenüber deutscher Wiedervereinigungspolitik

Deutschland kann und muss einen Beitrag zur Annäherung von Süd- und Nordkorea leisten. Die „Gemeinsamkeit“ in der Erfahrung mit der Spaltung des Landes nach dem 2. Weltkrieg in zwei völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme schafft eine gute Voraussetzung. Deutschland sollte Südkorea bei der Vorbereitung und Gestaltung der Einigung massiv unterstützen. Dazu gehört auch, Fehler bei der deutschen Einigung anzusprechen, um diese zu vermeiden. Wechselseitige Besuche nicht nur auf höchster politischer Ebene spielen eine wichtige Rolle. Kim Dae-Jungs Besuch in Berlin sowie der Besuch von Gerhard Schröder und Joschka Fischer in Korea wirkten vertrauensbildend. Schließlich spielt die deutsche Wirtschaft in Südkorea eine wachsende Rolle. Deutsche Großunternehmen wie auch mittelständische Unternehmen aus Deutschland sind aktiv – auch als Zulieferer für den aus Deutschland kritisierten Schiffbau. Vor einigen Monaten hat die Allianz AG die First Life Insurance hundertprozentig übernommen. Daraus entstehen vielfältige Kontakte – gleichsam bis in die einzelnen privaten Haushalte. Vermieden werden müssen handelskriegsähnliche Drohgebärden. Die massive Kritik der deutschen Werftenindustrie wie auch der Politik an der Subventionierung koreanischer Werften (Dumping-Preise) hält in dieser Deutlichkeit einer Überprüfung wohl kaum Stand. Dagegen ist auch wichtig, dass Südkorea protektionistische Maßnahmen gegen den Import deutscher und anderer ausländischer PKW abbaut (teilweise mit dubiosen Methoden). Was die Herstellung fairen Wettbewerb im Welthandel betrifft, gibt es wechselseitigen Handlungsbedarf.

9. Aufbau deutscher Kontakte mit Nordkorea

Deutschland sollte über seine produktive Zusammenarbeit mit Südkorea hinausgehen. Ein wichtiger Schritt ist die Schaffung wachsender diplomatischer Kontakte mit Nordkorea. Dabei ist größte Behutsamkeit erforderlich. Frankreich hat zwar eine diplomatische Vertretung angekündigt. Derzeit würde eine derartige Politik die Zusammenarbeit zwischen Südkorea und Deutschland belasten. Aber Südkorea sollte den Aufbau schrittweiser Beziehungen mit Nordkorea nicht als unfreundlichen Akt wahrnehmen, sondern vielmehr den damit verbundenen Beitrag zur Wiedervereinigung betonen. Vor-

rangig müssten auf der Ebene der Wissenschaft und Wirtschaft Kontakte mit Nordkorea aufgebaut werden. Die deutsche Politik ist dann nur glaubhaft, wenn sie in Südkorea das immer noch offizielle Verbot vieler Gewerkschaften vorbehaltlos und die Tatsache immer noch vieler politischer Gefangener und Gewerkschafter im Gefängnis kritisiert und daran Bedingungen der Kooperationspolitik knüpft.

Schließlich sollten Hilfsmaßnahmen gegen Armut und Hunger unterstützt werden. Dadurch entsteht Vertrauen in der Bevölkerung. Diese Politik zur Überwindung der Spaltung Koreas lässt sich trotz historisch bedingt erheblicher Unterschiede im Einzelnen künftig durchaus in die Interessenlage Japans, China, Russland und der USA einbetten. Die geostrategischen Interessen werden durch die Tatsache zusammengeführt, dass das Raketenpotential, über die Nordkorea verfügt und mit denen Tokyo erreicht werden könnte, eine latente Bedrohung ist, die abgebaut werden muss.

Quelle: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/>